

„Rechtsextremismus“ (insbesondere bei Jugendlichen)

Das Thema „*Rechtsextremismus*“ ist nach wie vor – auch unabhängig von der Sarrazin-Debatte – aktuell, was ein Blick auf gegenwärtig statt findende Tagungen zeigt:

- Nächste Woche am Mittwoch, den 13. Oktober 2010, findet in Berlin eine Tagung statt zum Thema **„Mitten in der Krise? Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft“**, auf der die „*neue Rechtsextremismus-Studie*“ der Kollegen Oliver Decker und Elmar Brähler aus Siegen und Leipzig, vorgestellt und diskutiert wird.
- Vor wenigen Tagen – am 22. September 2010 – hatte die FES zu einer Podiumsdiskussion eingeladen zum Thema

„Extrem populär?“

„Rechtspopulismus in Deutschland und Europa“

- und eine Kooperationsveranstaltung von IDA e.V. mit der Naturfreundejugend Niedersachsens fand statt am 17./18. September in Hannover, ein „Seminar mit Planspiel“, Thema war:

„Gegen Rechts, aber wofür?“

Weiter gibt es z.B. demnächst eine Jubiläumsveranstaltung zu

„20 Jahre IDA“

vom 19. - 21. November 2010 in Berlin – Thema

„Jugendarbeitskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“

Auf der anderen Seite gibt es aktuelle Pressemeldungen wie

„Projekte gegen extreme Rechte unterfinanziert“

(FR vom 18. September 2010),

denen zu entnehmen ist, dass „noch in diesem Jahr viele Beratungsprojekte gegen Rechtsextremismus ihre Büros schließen müssen. Es fehle ein Gesamtkonzept ... Unter anderem laufen den Angaben zufolge Ende 2010 die beiden Programme gegen Rechtsextremismus ‚*Vielfalt tut gut*‘ und ‚*Kompetent für Demokratie*‘ aus“.

„137 Opfer von rechter Gewalt“

lautet die Überschrift in der FR vom 17. September 2010:

„In Deutschland sind ... seit der Wiedervereinigung mindestens 137 Menschen von Rechtsextremisten getötet worden“

Einige provokative und zur Diskussion anregende Thesen vorweg:

„Rechtsextremismus“ wird überwiegend als „*Jugendphänomen*“ tituliert, problematisiert und diskutiert und es wird nach „*Reaktionen*“ oder Konsequenzen, nicht nach *gesellschaftlichen Ursachen* gefragt.

„Rechtsextremismus“ ist *kein* spezifisches Jugendproblem, *kein Randphänomen* oder Randproblem unserer Gesellschaft – er drängt quasi in die ‚*Mitte* der Gesellschaft‘ und bekommt gleichzeitig von dort auch seine ideologische ‚*Nahrung*‘ und Legitimation (vgl. Sarrazin).

„Rechtsextremismus“ ist *keine* aktuelle oder neuartige Erscheinung in unserer Gesellschaft – seit ca 25 Jahren sind dessen Ursachen, Hintergründe und Erscheinungsformen empirisch untersucht und theoretisch analysiert und interpretiert.

Im Grunde genommen wissen wir genügend über die „*soziale Tatsache* ‚*Rechtsextremismus*“ – die Probleme liegen m. E. eher in den *gesellschaftlichen* Rahmenbedingungen wie halbherzige *politische* Reaktionen, einer Tendenz zur ‚*Pädagogisierung*‘ des Themas, ein *medial* aufgeheiztes fremdenfeindlich-rassistisches Klima in großen Teilen der *Öffentlichkeit* und in *global-ökonomischen* Entwicklungen.

Über diese *gesellschaftlichen* Hintergründe und *globalen* Ursachen des Rechtsextremismus – nicht nur in Deutschland! – wird aber wenig geforscht und noch weniger politisch-medial diskutiert. Wir brauchen wieder einen öffentlichen Diskurs über die „Systemfrage“ (vor allem nach der ‚Welt-Finanz- und Wirtschaftskrise‘) bzw. die Themen „*In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?*“ und „*In welcher (Welt-) Gesellschaft wollen wir leben?*“ (Pongs).

Jeder, der willens ist, kann sich gut und ausreichend über das Thema *informieren* – nicht nur im Internet (das eher von rechter Propaganda überzogen wird), sondern über Broschüren von staatlich-öffentlichen Instanzen, engagierten Vereinen sowie wissenschaftliche Literatur.

Hinführung und Einführung zum Thema „Rechtsextremismus“

Definitionen zu „*Rechtsextremismus*“ gibt es etwa ähnlich viele wie Studien zum Thema. „*Rechtsextremismus*“ gilt im Gegensatz zum „*Rechtsradikalismus*“ als *verfassungsfeindlich* und *undemokratisch* – dies wäre der *verfassungsrechtlich-politikwissenschaftliche* Zugang zum Thema, der sich z. B. an Parteizugehörigkeiten und Wahlverhalten orientiert. In dieser Hinsicht sind *vier Merkmale* des „*Rechtsextremismus*“ zu erwähnen:

- a) Übersteigter *Nationalismus*, imperialistisches Großmachtstreben und eine feindselige Haltung gegenüber anderen Staaten;
- b) Negierung der universellen *Menschenrechte*, der Freiheits- und Gleichheitsrechte der Menschen;
- c) *Antidemokratische* Grundhaltung bzw. Ablehnung parlamentarisch-pluralistischer Gesellschaftssysteme;
- d) *Völkisch-rassistische* Ideologie und *Führerkult*.

In *psychologisch-soziologischer* Hinsicht – und das ist mein Zugang zum Thema – ist „*Rechtsextremismus*“ eine Einstellung und Orientierung, die sich aus zwei grundlegenden Dimensionen zusammen setzt, die ihrerseits wiederum durch mehrere Facetten bestimmt sind (vgl. ISS, Band 3) – konkret:

Der „*Rechtsextremismus*“ speist sich aus

- a) einer „*Ideologie der Ungleichwertigkeit*“ und
- b) aus „*Gewalt*“

wobei die „*Ideologie der Ungleichwertigkeit*“ sich messen lässt über die Aspekte

- „*Ausländerfeindlichkeit*“,
- „*Antisemitismus*“,
- „*Autoritarismus*“,
- „*Nationalismus*“ sowie
- „*Führer- und Gefolgschaftsideologie*“

und „*Gewalt*“ über

- „*Gewaltbewertung*“ (Mittel zur Lösung von Konflikten/Problemen),
- „*Gewaltbereitschaft*“ und
- „*Gewalthandeln*“.

Dieser Definitionsversuch geht auf Wilhelm Heitmeyer zurück, der neuerdings in seiner Längsschnittstudie „*Deutsche Zustände*“ von „*gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*“ als theoretischem Oberbegriff spricht, der m. E. eine höhere analytische Qualität besitzt.

Die Erforschung des „*Rechtsextremismus*“ in Deutschland bzw. in der BRD geht überwiegend auf zwei Ereignisse zurück (bekanntlich benötigt es meist schrecklicher Ereignisse, damit Themen politisch-öffentlich-medial diskutiert und wissenschaftlich untersucht werden):

- a) die SINUS-Studie von 1981 – mit dem Untertitel – „*über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen*“ und mit dem Ergebnis, dass, so der Haupttitel der Studie, „5 Millionen Deutsche“ sagen: ‚*Wir sollten wieder einen Führer haben ...*‘

In anderen Worten: „13 % der (west)deutschen Wähler haben ein rechtsextrems Weltbild“.

- b) die ausländerfeindlichen Brandanschläge in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen sowie die öffentlichen Reaktionen darauf nach der *deutschen Einheit* Anfang der 90er Jahre .

Im Vorwort zur SINUS-Studie schreibt Martin Greiffenhagen etwa sinngemäß (vgl. Kladdentext), dass mit der Studie deutlich wird, dass die Gefahr eines rechtsextremistischen Terrorismus und eines entsprechenden Gewaltsympathie-Potentials nun dem Verfassungsschutz klar sein müsste und dass für die praktische *Politik* – nicht Pädagogik – eine Fülle von Strategien geliefert werden, insbesondere im Bereich der „*Sozialpolitik*“ – 1981!!

Die SINUS-Studie von 1981 nennt sowohl psychische Ursachen des „Rechtsextremismus“ als auch sozialstrukturelle: „*Insbesondere bei jugendlichen Gesprächspartnern zeigte sich neben Zügen autoritärer Aggression, dem Gefühl diffuser Bedrohung ... meist eine deutliche Selbstwert- und Identitätsproblematik ... zurückführbar meist auf Sozialisationsstörungen und auf traumatische Erlebnisse der Kindheit ... (weiter werden genannt:) Arbeitslosigkeit des Vaters, materielle Begrenztheit*“ (S. 99).

Wir merken, wie *aktuell* diese Aussagen sind: Globalisierung als diffuse Bedrohung, Identitätsprobleme Heranwachsender, Arbeitslosigkeit, Hartz IV usw.

Hinzu kommen noch – z. B. als Ergebnis der SINUS-Studie: „Ich-Schwäche“, „idealisierte Phantasien“ von Männlichkeit, Vaterland, Ehre und Gemeinschaft – vgl. dazu z.B. die Texte im Rechts- bzw. Nazi-Rock! – ferner eine Betonung „natürlicher“ Rollenteilung zwischen Mann und Frau“ bzw. Vorstellungen vom „richtigen Mann“ und von der Frau als „Hausfrau und Mutter“.

Soziologische bzw. sozialstrukturelle Erklärungen sehen die Ursachen eher in gesellschaftlichen bzw. sozio-ökonomischen Wandlungsprozessen, die zu widersprüchlichen Erwartungen an die jungen Menschen führen können (Individualisierung, Stellenwert von Bildung und Leistung, neue soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten etc.).

Die Autoren fassen zusammen: „*Die Befunde unserer Untersuchung deuten nun darauf hin, dass weder individualpsychologische noch sozialstrukturelle Ursachenmuster für sich allein die Ausformung rechtsextrimer Einstellungen bedingen, sondern ein – individuell jeweils verschiedenes – Zusammenwirken dieser Faktoren*“ (S. 102). Im Zeitalter der *Individualisierung* gilt dies stärker denn je!

In anderen Worten: *Biographien* sind entscheidend, familiär-kindliche und schulische Erfahrungen, Milieuzugehörigkeit, Bezugspersonen und ideologische Einwirkungen in der Jugend, der Einfluss von peer groups und Medien, von Computer und Internet, sowie die Antizipation der persönlichen und globalen *Zukunft*, Ausbildungs- und Berufsperspektiven sowie das, was diffus „*Globalisierung*“ genannt wird, die politisch-ökonomisch-ökologische Gesamtsituation.

„Rechtsextremismus“ (unter Jugendlichen) ist die Folge individueller biographisch-benachteiligter Besonderheiten in einem spezifischen sozio-ökonomisch-strukturellen und historisch-globalem Kontext.

Das klingt sicher sehr abstrakt und theoretisch, verhindert aber platte Pauschalisierungen und vorschnelle Antworten und Reaktionen.

„*Rechtsextremistische Kraftmeierei und die Orientierung an rechtsextremistischen Ersatzwelten sind der hilflose Versuch solcher Jugendlicher, die Kluft zwischen ihren alltäglichen Ohnmachtserfahrungen und ihren träumerischen Ich-Idealen mit Mitteln der Provokation bzw. der Idealisierung rechter Führungsfiguren zu überbrücken*“ (S. 103).

Die Einstellungs- und Handlungsangebote des Rechtsextremismus bieten dagegen „Klarheit und Direktheit“, einfache „Lösungen“ für komplexe und komplizierte psychisch-persönliche und gesellschaftlich-globale Probleme – soweit die SINUS-Studie von 1981.

Kurz zuvor, also bereits 1980, also vor 30 Jahren, gab Wolfgang Benz ein Fischer-Taschenbuch mit 12 Einzelbeiträgen in der damals renommierten Reihe „*Informationen zur Zeit*“ heraus zur nach wie vor aktuellen und diskussionswürdigen Frage bzw. zum Thema: „*Rechtsradikalismus: Randerscheinung oder Renaissance?*“

Dies noch mal als Beleg für die These, dass der Rechtsextremismus kein neues oder aktuelles Phänomen der gesamtdeutschen Gesellschaft ist und dass entscheidende Fragen nach wie vor ungeklärt sind:

- Rechtsextremismus – eine Randerscheinung oder ein Phänomen in der Mitte oder aus der Mitte der Gesellschaft?
- Rechtsextremismus – aktuelle Renaissance oder durchgängiges Strukturproblem der (post-)modernen Gesellschaft?

Bereits im März 1999 gab es in der Evangelischen Akademie Loccum – Raum Hannover – ein Bilanz-Seminar zum Thema:

**„Rechtsextremismus.
Bestandsaufnahme, gesellschaftliche und politische Folgerungen“**

Wir können an diesen Publikationen auch erkennen, dass jeweils nach rechtsextremen und gewalttätigen Ausschreitungen und Überfällen – wie eben 1992/93 in Hoyerswerda, Rostock, Solingen und Mölln – die Politik und ihre Bildungs-Instanzen mit Broschüren, Büchern, Studien und Tagungen darauf *reagieren* – bis dann Themenabstinenz und Negierung der Problematik wieder die Oberhand gewinnen, so dass konstatiert werden kann, dass das Thema „*Rechtsextremismus (und Gewalt)*“ zyklisch und reaktiv, nicht kontinuierlich und politisch gestaltend diskutiert und bekämpft wird.

Allein 1992 – nach den ersten rechtsextrem-rassistischen Brandanschlägen – erschienen etliche Bücher, vor allem zu

**„Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen“,
„Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“
„Jugendarbeit in rechten Szenen“.**

In anderen Worten: Das Thema „Rechtsextremismus“ wurde nun überwiegend als „*Jugendproblem*“ diskutiert, an die Jugendforschung und Jugendarbeit delegiert, was fatale Folgen hatte, da die *Dialektik von Rand und Mitte der Gesellschaft* aus dem Fokus verschwand – und damit auch eine angemessene gesellschaftstheoretische und politische Diskussion der Thematik. Das Thema war nun jugendzentriert, pädagogisiert und damit entpolitisiert – nach dem bewährten Motto:

**„Immer wenn Gesellschaft und Politik versagen,
erfolgt der Ruf nach Pädagogik und Erziehung“**

Im Februar 2001 beschloss das Plenum des „*Landespräventionsrates Niedersachsen*“ die Einrichtung einer „Kommission ‚Rechtsextremismus‘“, die 2002 ihren „Abschlussbericht und Präventionsvorschläge“ in einer Broschüre präsentierte.

„*Die leitenden Fragen waren: Wie können wir der zerstörerischen Kraft rechtsextremer Gruppen und Gedanken begegnen und was kann wer mit wem und wie tun, um Kinder und Jugendliche so stark zu machen, dass sie der Verführung durch diese Gruppen Stand halten können?*“ (Maier-Knapp-Herbst, in: LPR 2002, Vorwort).

Auch hier lag der Fokus bei „Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ bzw. bei pädagogischen Präventionsmaßnahmen, wozu „5 Arbeitsgruppen zu den Feldern Kindergarten, Schule, Freizeit, Berufsausbildung und Strafvollzug“ gebildet wurden (ebd.). Eltern bzw. Familie oder Erwachsene werden nicht problematisiert.

Es wird konstatiert, dass es eine „Tatsache“ ist, „*dass ein Großteil der Anhänger rechtsextremer Gruppierungen Jugendliche und Heranwachsende sind*“ – der empirische Beweis dafür fehlt aber!

Zu lesen ist: „*Der Rechtsradikalismus (nicht: Rechtsextremismus, H.G.) bedient die Sehnsucht nach Orientierung, nach dem starken Mann, der die Welt ordnet und die Geschehnisse der Welt gestaltet. Er bedient die Sehnsucht nach Festigkeit, Identität, Orientierung und Geborgenheit. Das macht ihn so gefährlich*“ (ebd.).

Weiter lässt sich beobachten:

In Reaktion auf rechtsextreme Gewalttaten gibt es jeweils

- a) öffentlich-*mediale* Debatten (gegenwärtig z.B. Thilo Sarrazin und die Folgen) sowie

b) „intensive *wissenschaftliche* Beschäftigung mit dem Thema (Tagungen und Publikationen) sowie

c) die Suche nach wirksamen *politischen* und/oder *pädagogischen Gegenstrategien* – letzteres ist m. E. bis heute das große Problem:

Was sind bewährte und erfolgreiche *Gegenstrategien* bzw. wie kann der Rechtsextremismus politisch und/oder pädagogisch *bekämpft* und langfristig, d.h. nachhaltig, *gemindert* werden? Meine *These* dazu ist: So lange man in Bezug auf Gegenstrategien vor allem an (sozial-)pädagogischen Maßnahmen, Projekte, Modelle, Tagungen, Fortbildungen oder Landespräventionsräte usw. denkt und entsprechend nur pädagogisch handelt, wird sich zwar individuell bei Einzelpersonen im rechten Spektrum etwas positiv ändern (können) (vgl. Aussteiger-Programme wie EXIT), wenig jedoch an den sozialstrukturellen und gesamtgesellschaftlichen *Ursachen*.

Diese liegen – nun kommen theoriehaltige Stichworte:

- in einem globalisierten und individualisierten *Kapitalismus*,
- in einer ambivalenten politischen *Kultur*,
- in zunehmender sozialer *Ungleichheit* und *Ungerechtigkeit*
- in *Widersprüchen* des Aufwachsens und Arbeitens,
- in fehlenden oder mangelnden *Zukunftschancen* und Zukunftsperspektiven für Heranwachsende,
- im Gefühl der *Ohnmacht* gegenüber herrschenden mächtigen Strukturen und Entscheidungen,
- in der Dominanz der *Ökonomie* gegenüber der Politik.

Zusammengefasst und auf den Begriff gebracht:

In der „*strukturellen Gewalt*“ (Johan Galtung) unserer Gesellschaft.

Diese *Aspekte* wären m. E. zentral zu diskutieren und entsprechend politisch danach zu handeln, will man sich mit den *gesellschaftlichen Ursachen* des „Rechtsextremismus“ befassen.

Die *Grundfragen*, die im Themenkontext „*Rechtsextremismus*“ zu diskutieren ist, lauten daher

(vgl. den Untertitel von Butterwegge/Isola: „*Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*“):

- a) „*Randerscheinung oder Gefahr für die Demokratie?*“
- b) *Negieren oder bekämpfen?*
- c) *Tolerieren oder verbieten?*

Der Begründer und Aufklärer der Kritischen Theorie der Gesellschaft, Max Horkheimer, meinte dazu (Spoo):

„*Je genauer wir die politisch-ökonomischen Entstehungsbedingungen des Faschismus/Rechtsextremismus kennen, desto wirksamer können wir ihn bekämpfen*“ (S. 9) bzw.

„*Wer vom Faschismus spricht,
darf vom Kapitalismus nicht schweigen*“

Ausblick

Letzten Endes und langfristig geht es darum, dem Rechtsextremismus den *Nährboden* zu entziehen, den *Sumpf* auszutrocknen, in dem er heranwächst und gedeiht. Dieser Nährboden ist, um es soziologisch und gesellschaftskritisch zu bezeichnen und zu wiederholen, die „*strukturelle Gewalt*“ der Gesellschaft, d.h. die *widersprüchlichen sozialen Ungleichheiten und sozialen Ungerechtigkeiten*, die durch nichts zu legitimieren sind, konkret z.B.:

- existierende und zunehmende *Armut* in einem reichen Land,
- ungleiche und ungerechte *Bildungschancen* für Kinder unterschiedlicher sozio-ökonomischer Milieus,
- Institutionelle und rassistische *Diskriminierung* bestimmter Bevölkerungsgruppen,
- Zunehmende *Polarisierung* bzw. Spaltung der Gesellschaft, die zu wachsender *Des-Integration* führt,
- *Patriarchal-autoritär-antidemokratische* Strukturen in familiären Milieus und Teilen der Gesellschaft.

Was wir dagegen brauchen, ist – ebenfalls soziologisch auf den Punkt gebracht – ein gesellschaftliches *Klima der Anerkennung*, eine

„Strategie der wechselseitigen Anerkennung“

(vgl. Honneth, Heitmeyer, Möller S. 17).

Genauer und konkrete Vorschläge dazu finden sich bei Kurt Möller in der Broschüre **„Gewalt und Rechtsextremismus. Konturen – Erklärungsansätze – Grundlinien politisch-pädagogischer Konsequenzen“**

der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung in ihrer Reihe „Informativ und Aktuell“ aus dem Jahr 2001.

Als „Fazit“ schreibt dort Kurt Möller u.a.:

„Gewalt und Rechtsextremismus bilden Problemlagen, die mehr sind als aktuelle Konflikte an den Rändern der Gesellschaft ... kurzfristige, anlasszentrierte, reaktive und nur auf auffällige, marginalisierte und stigmatisierte Gruppierungen zielende Bearbeitungsweisen“ lassen sich nur als „Gefechte auf Nebenkriegsschauplätzen“ bezeichnen. Die Ursachen liegen in einer „modernisierungsinhärenten Zersplitterung der Gesellschaft, der die überlieferten Integrationsmedien ausgehen“ (S. 22).

Als konkrete Vorschläge für eine „Politik gegen Rechtsextremismus“ schlägt Albert Scherr in seinen „9 Thesen“ zur Beantwortung der Frage vor:

„Wissen wir genug, um angemessen handeln zu können“?

- „das offensive Eintreten für die Anerkennung der Bundesrepublik als *Einwanderungsgesellschaft* bei allen an der politischen Willensbildung einflussreichen Beteiligten
- Die umfassende kritische Auseinandersetzung mit alten und neuen fremdenfeindlichen *Vorurteilen und Feindbildern* in den Massenmedien, den politischen Organisationen, den *Schulen* sowie der außerschulischen *Jugend- und Erwachsenenbildung*
- Eine solche Gestaltung von Politik, Erziehung, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt, die dem Ziel einer *Verbesserung der Lebenssituation der sozial Benachteiligten* höchste Priorität einräumt“ (Loccumer Protokolle 10/1999, S. 74).

Vorgehensweisen dafür sind u. a. (ebd.):

- Ein „*Antidiskriminierungsgesetz*“, das zur Anwendung kommt;
- Curricula zum Themenkomplex „*Einwanderungsgesellschaft* Bundesrepublik“ für Schulen und Lehrerfortbildung;
- Ausbau der außerschulischen *Bildungsangebote* für Jugendliche und Erwachsene;
- Förderung *demokratischer* politischer Initiativen, insbesondere im Jugendbereich und in den *neuen* Bundesländern;
- Verbesserung des Angebots an betrieblichen und außerbetrieblichen *Ausbildungsplätzen* und Qualifizierungsmaßnahmen.

Fazit: Die Politik bzw. die *politische Gestaltung der Gesellschaft* muss wieder Priorität haben vor ökonomischen Interessen und dem Ruf nach pädagogischer Überbaukosmetik und Systemchirurgie!

Zusatz: Interessante, relevante und aktuelle Themen im Kontext von „*Rechtsextremismus*“, die zu wenig diskutiert werden, sind z.B.:

- Rechtsextreme *Rock-Musik* bzw. Nazi-Rock oder Rechts-Rock oder Skinhead-Rock – als „Türöffner“ der Szene;
- Rechtsextremismus im *Internet* und die mediale *Vernetzung* der neuen rechten Szene;
- Mädchen/*Frauen* im Rechtsextremismus – der *Gender*-Aspekt,
- Rechtsextremismus – nur ein *Jugendproblem*?
- „*Rechts-Populismus*“

Exkurs „Rechtspopulismus“

Wir können seit geraumer Zeit beobachten, dass sich in Europa das Phänomen des „Rechtspopulismus“ systematisch und kontinuierlich ausbreitet und dass rechtspopulistische Parteien in die Regierungen einziehen. Gegenwärtig ist Deutschland als Land ohne Regie-

rungs- oder Bundestagsparteien, die sich im rechten Spektrum verorten, von Ländern umgeben, die fast alle rechtsorientierte Parteien in ihren Parlamenten sitzen haben: Die „Schweizerische Volkspartei“ des Unternehmers *Christoph Blocher*, die „Dänische Volkspartei“, die „Schwedendemokraten“, die „Partei für die Freiheit“ in Holland unter *Geert Wilders*, die „Freiheitliche Partei Österreichs“ des verstorbenen Jörg Haider, die „Liga Nord“ in Italien von *Umberto Bossi*, die „Front National“ von *Le Pen* in Frankreich, der separatistische „Vlaams Belang“ von *Filip de Winter* in Belgien sowie die „Fortschrittspartei“ in Norwegen.

Was fällt dabei auf?

Die Namensgebungen ähneln sich – es geht um „Volk“, „Nation“, national-ethnische Interessen und die sog. „Freiheit“. Erfolgreich sind und werden diese Parteien erst durch einen charismatischen Führer – exemplarisch seien Jörg Haider und Geert Wilders genannt. Gemeinsam ist ihnen – und das ist neu – das Schüren von Ängsten, vor allem gegenüber dem Islam sowie antiislamische Forderungen wie:

- Kopftuch- und Burkaverbot,
- keine weitere Einwanderung von Moslems,
- Minarettverbot,
- Diskriminierung des Koran,
- Abschiebung von vorbestraften Ausländern.

Auch in den Staaten des ehemaligen Ostblocks, konkret in Polen, Tschechien und Ungarn etablieren sich rechtsextreme Parteien, obwohl dort jeweils nationale Unterschiede sich bemerkbar machen.

Gemeinsam ist jedoch allen rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien:

- eine Art *Antipolitik* gegen die etablierten Parteien und den angeblichen Mainstream der Medien;
- ein Bezug auf den angeblichen „*Willen des Volkes*“ nach dem Motto „Endlich sagt das mal einer“ (vgl. Sarrazin);
- eine radikale Vereinfachung komplexer politisch-gesellschaftlich-globaler Zusammenhänge – „*Reduktion von Komplexität*“;
- *Diskriminierung* der ethnisch-national Fremden bzw. der Einwanderer und vor allem der Moslems;
- Schüren von *Ängsten* in Sachen Kriminalität, Sicherheit, Terrorismus, sozialer Abstieg bzw. Exklusion und Globalisierung;
- Stellen von *Maximalforderungen*, die politisch nicht durchsetzbar sind (z.B. Koranverbot, „Raus aus der EU“);
- Eine gute nationale und internationale *Vernetzung* via Internet.

Gründe für die Abstinenz rechtspopulistischer Parteien in deutschen Parlamenten (ansonsten nur noch in England) sind:

- *Historische* Geschehnisse des 20. Jahrhunderts (Naziverbrechen, Holocaust-Erinnerungskultur, „Nie wieder“-Erziehung)
- *Sozio-ökonomische* Erfahrungen des Wohlstandes im „goldenen Zeitalter des Kapitalismus“
- Der globale Status und die moralische Verantwortung als weltoffene *Exportnation*
- Der spezifisch bundesdeutsche *Föderalismus* (Landtagswahlen als Ventile, Bildung ist Ländersache), die konfessionelle Vielfalt sowie die ehemalige deutsche Teilung
- Der „*biologisch-biographische Zufall*“, d.h. es fehlt „das richtige Personal zur rechten Zeit“, es fehlt die „charismatische (Führer-) Persönlichkeit“.

Und darin, in dem zuletzt genannten Faktum der „fehlenden charismatischen Führungsfigur“ liegt das Problem des „Wenn aber ...“